

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0950/2026
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 28.05.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Laubenheim	Kenntnisnahme	26.08.2026	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 0070/2026 der SPD, CDU, Grünen, FDP und ÖDP im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim
hier: Verkehrssicherheit Fußgängerquerung Neuweg/ Rheintalstraße

Mainz, 16. Juni 2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Laubenheim** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat verschiedene Optionen zur Verbesserung der Situation am Fußgängerüberweg ("Zebrastreifen") Neuweg mit folgendem Ergebnis geprüft:

Um ausreichende Flächen für den Fußverkehr auf Seite des bisher markierten und abgepollerten Gehwegs zu schaffen, muss in jedem Fall mindestens ein Stellplatz, ggf. auch mehrere Stellplätze, entfallen. Zu bemerken ist jedoch, dass die bestehenden Stellplätze bzw. Ladezonen mit einer Breite von teilweise ca. 2,00 m nicht dem heutigen Stand der Technik entsprechen und untermaßig sind. Breitere Fahrzeuge können bereits heute nicht innerhalb der Markierungen stehen. Die tatsächliche Nutzbarkeit ist bereits eingeschränkt.

Eine Verlegung des Fußgängerüberwegs "links" der Alexander-Fleming-Straße und damit ein Erhalt der vorhandenen Stellplatzsituation ist aus Sicht der Verwaltung keine Option, u.a. auch deshalb, da die Sicht der abbiegenden Fahrzeuge auf querende Fußverkehre in den Neuweg sehr eingeschränkt wäre.

Die Fahrbahn in diesem Bereich zugunsten des Gehwegs einzuengen ist aufgrund der benötigten Flächenbedarfe abbiegender Busse nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. Dies kann in weiteren Bearbeitungsschritten noch einmal genauer geprüft werden.

Die Verwaltung hat mehrere Varianten zur Neuordnung des Bereiches geprüft. Die beiliegende Vorzugsvariante zeigt eine Möglichkeit, bei der der heute markierte Gehweg baulich hergestellt werden soll. Bei der Vorzugsvariante ergibt sich aus Sicht der Verwaltung eine besonders schlüssige Anordnung der Ladezone und der MeinRad-Station (bessere Trennung zum Gehwegbereich am Fußgängerüberweg). Es müssten zwei Abstellmöglichkeiten für den Kfz-Verkehr entfallen.

Weiterhin ergibt sich durch die Neuordnung auch das Potenzial einer Teilentsiegelung. Dies wurde mit dem Grün- und Umweltamt vorabgestimmt. In einer möglichen, tiefergehenden Planung können sich hier noch Anpassungen ergeben.

Die Verwaltung bittet den Ortsbeirat um eine Rückmeldung, ob in diesem Bereich Stellplätze entfallen können und nimmt gerne Hinweise zur Konzeptidee entgegen. Auf dieser Rückmeldung aufbauend werden weitere Bearbeitungsschritte eingeleitet.